

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

1. Sitzung vom Montag, 20. März 2017, 18.00 – 20.29 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Protokollführerin

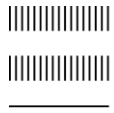
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

Anwesend

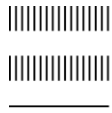
- 39 Mitglieder des Einwohnerrates (bis 18.18 Uhr 38 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Mischa Berner, Einwohnerrat (bis 18.18 Uhr)
- Christoph Wälle, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	299
2. Ersatzwahl	
GK 146	300
Ersatzwahl eines/einer Ersatzabgeordneten für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (anstelle von Sascha Antenen, SP/JUSO, sp)	
3. Einbürgerungen	
10 Einbürgerungsgesuche (GK 147 bis GK 156)	300
4. Kreditbewilligung	
GK 143	302
Schulanlage Mühlethal – Kreditbewilligung für Erneuerung Wärmeerzeugung, Erweiterung Schule und Kindergarten	
5. Abwasserbeseitigung	
GK 144	307
GEP-Umsetzung 2017 – Bewilligung Investitionskredit für Werterhaltungsmassnahmen am Abwassernetz im Ortsteil Mühlethal	
6. Parlamentarischer Vorstoss	
GK 139	309
Interpellation der FDP-Fraktion vom 28. November 2016 betr. Rechnungsführung und deren Kommunikation des Seniorenzentrums Zofingen (Begründung; Antwort Stadtrat)	
7. Verleihung Ehrenbürgerrecht	
GK 145	310
Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Einwohnergemeinde Zofingen an die Eheleute Arthur und Louise Senn-Widmer	
8. Umfrage	311



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, die Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die anwesenden Medienschaffenden, die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne - insbesondere diejenigen aus dem Ortsteil Mühlethal - zur ersten Sitzung in diesem Jahr und gibt die Entschuldigung von Christoph Wälle bekannt. Zudem teilt sie mit, dass Mischa Berner etwas verspätet eintreffen wird.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Der Rat ist mit zurzeit **38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Mitteilungen

Per 31. März 2017 ist Einwohnerrat Urs Plüss (DYM/EVP) zurückgetreten. Die Präsidentin verliert das Demissionsschreiben. Die Würdigung und Verabschiedung erfolgt nach der Umfrage. Als Ersatz hat das Wahlbüro Patrik Zimmerli, Hottigergasse 10a (EVP), als gewählt erklärt.

Bekanntgabe des **Resultats** der **kommunalen Volksabstimmung** vom 12. Februar 2017:

Initiative zur Gratis-Parkdauer im Altstadt-/Bahnhofparking

Anzahl Stimmberechtigte		7'827
In Betracht fallende Stimmzettel		3'747
Stimmbeteiligung		48,9 %
Ergebnis	1'292 JA	2'518 NEIN

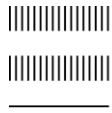
Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung** vom **28. November 2016** gilt als genehmigt; die Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren ist am 12. Januar 2017 abgelaufen.

Die Einwohnerratsmitglieder wurden am letzten Freitag per E-Mail mit der aktualisierten Adressliste bedient.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Michael Wacker, SP/JUSO, sp, betr. bewilligten Fahrten in der Fussgängerzone (Eingang am 15. Februar 2017)
- Interpellation von Anders Sjöberg, Marco Arni, Adrian Borer und Mischa Berner (alle DYM/glp) betr. Strategie energetische Sanierungen in städtischen Gebäuden Zofingen
- Postulat der Fraktion DYM betr. Überprüfung der Rechtsform des Seniorenzentrums Zofingen



Art. 83

Ersatzwahl

GK 146

Ersatzwahl eines/einer Ersatzabgeordneten für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (anstelle von Sascha Antenen, SP/JUSO, sp)

Sascha Antenen (SP/JUSO, sp) ist als Ersatzabgeordneter für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ per Ende 2016 zurückgetreten und muss ersetzt werden. Das Wahlbüro wird wie folgt vorgeschlagen:

- Sonja Bühler, Aktuarin-Stv. Wahlbüro
- Tom Eichenberger, Stadtweibel
- Irma Jordi, DYM/CVP
- Martin Willisegger SVP und
- Esther Burkhard, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei

Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt.

Der Wahlzettel für die vorzunehmende Wahl liegt bereits an den Plätzen der Einwohnerratsmitglieder bereit. Die SP/JUSO-Fraktion hat Yvonne Lehmann als Nachfolgerin nominiert.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.

Ergebnis der Ersatzwahl eines/einer Ersatzabgeordneten im Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“

Eingelangt sind 38 Stimmzettel, davon waren 2 leer. Somit fallen 36 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 19

Die vorgeschlagene Yvonne Lehmann, SP/JUSO, sp, wird mit 33 Stimmen (3 vereinzelt Stimmen) als Ersatzabgeordnete für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“ gewählt.

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl als Ersatzabgeordnete für den Gemeindeverband Entsorgung Region Zofingen (erzo) „ARA“.

(Applaus)

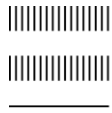
Art. 84

Einbürgerungen

GK 147 bis GK 156

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Geschäfte GK 147 bis GK 156 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.



Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Am 2. März 2017 hat die FGPK gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission nach angeregter Diskussion bezüglich Beherrschen der deutschen Sprache allen Gesuchen grossmehrheitlich zugestimmt. Gemäss seriösen Prüfungen der Einbürgerungskommission sind alle integriert und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen. Dem Rat wird deshalb empfohlen, die Gesuche ebenfalls gutzuheissen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 147

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 148

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 149

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 150

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 151

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 152

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 23:10 Stimmen zugestimmt.

GK 153

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 154

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 155

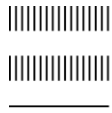
Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

GK 156

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)



Inzwischen ist Einwohnerrat **Mischa Berner** eingetroffen, daher werden die Verhandlungen **mit 39 Mitgliedern** weitergeführt.

Art. 85

Kreditbewilligung

GK 143

Schulanlage Mühlethal – Kreditbewilligung für Erneuerung Wärmeerzeugung, Erweiterung Schule und Kindergarten

Marco Negri, Referent FGPK

Das Geschäft befasst sich mit der Erneuerung der Wärmeerzeugung und der Erweiterung von Schule und Kindergarten im Mühlethal. Nebst der Planung der dringend notwendigen Erneuerung der 37-jährigen Elektrospeicherheizung wurden die aktuellen Raumbestände sowie die Bausubstanz der Schulanlage analysiert. Mithilfe der 2015 aktualisierten Schulraumplanung konnte festgestellt werden, dass das Raumangebot sowohl für die Primarschule als auch für den Kindergarten nicht mehr dem heutigen schulischen Bedürfnis entspricht. Daraufhin lud der Stadtrat drei Architekten zur Erarbeitung von möglichst wirtschaftlichen Lösungsvorschlägen für die Erweiterung der Schulanlage ein. Das Siegerprojekt wurde unter Einbezug der Schulleitung, der Lehrpersonen und der kant. Stellen weiter optimiert und konkretisiert. Daraus resultiert die heutige Kreditvorlage.

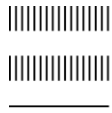
In der FGPK bestand Einigkeit, dass einerseits die Wärmeerzeugung erneuert werden muss und andererseits die baulichen Massnahmen zur Erweiterung des Raumangebots nötig und gerechtfertigt sind. Allerdings konnte man sich bezüglich Wärmeerzeugung nicht einigen. Der Stadtrat hat sich auf Empfehlung der Planungskommission für eine Erdgasheizung entschieden. Dieser Ersatz ist bei der Anschaffung und im Unterhalt die wirtschaftlich günstigste Variante. Einige Mitglieder der FGPK erachten diese Lösung als nicht mehr zeitgemäss und bevorzugen die in GK 143 ebenfalls aufgeführten erneuerbaren Wärmeerzeugungsmethoden (Holzpellet oder Erdsonden). Bei Letzterer ist es allerdings gemäss Aussagen der Fachexperten unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich, die geforderten Raumtemperaturen zu erreichen. Dazu wären weitere bauliche Massnahmen – vor allem im Bereich der Aussenwärmedämmung und der Fenster – notwendig, was unausweichlich zu einer neuen Vorlage und zur Verschiebung der Sanierungsmassnahmen führen würde.

Da leider nach wie vor kein generelles Liegenschaftskonzept vorliegt, war es der Kommission nicht möglich, zu beurteilen, ob eine Gebäudehüllensanierung angebracht wäre oder ob es andere Liegenschaften gäbe, bei denen die finanziellen Ressourcen besser eingesetzt werden könnten. Gemäss den Ausführungen in der Vorlage würde die Zusatzoption für die Wärmeerzeugung mit Pellets zu Mehrkosten in der Beschaffung von CHF 143'000 und jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von CHF 8'800 führen. Da diese Mehrkosten den Bemühungen des Stadtrates entgegenstehen, ein optimiertes, zweckmässiges und wirtschaftlich günstiges Bauvorhaben zu präsentieren, und die Notwendigkeit der Sanierung und Erweiterung nicht bestritten ist, empfiehlt die FGPK mit 6:3 Stimmen die Annahme des stadrätlichen Antrages.

Eintreten ist nicht bestritten.

Liliane Hofer, SP/JUSO

Die SP-Fraktion begrüsst unter bestimmten Bedingungen die massvolle Vorlage zur Modernisierung der Schulanlage Mühlethal. Die Anpassungen der Infrastruktur an die Bedürfnisse und Vorgaben eines zeitgemässen Unterrichts sind dringend und offensichtlich ausgewiesen. Es darf nicht riskiert



werden, die Kinder und Lehrer während einer nächsten Kälteperiode frieren zu lassen, weil die Heizung veraltet ist.

Da sich die SP der Ökologie verpflichtet fühlt, stört sie sich aber sehr an der gewählten Variante der Wärmeerzeugung mit Erdgas. Als Energiestadt steht es Zofingen schlecht an, fossile Brennstoffe als Energieträger zu wählen. Gemäss den Projektverantwortlichen führten insbesondere die Kosten zu diesem Entscheid. Die SP-Fraktion zieht jedoch die CO₂-neutrale Holzpellet-Variante vor und wird einen entsprechenden Antrag einreichen. Nachdem die Berechnung der Jahreskosten inkl. Umweltkosten auf einer Studie der 90er-Jahre basiert, geht die Fraktion davon aus, dass die Erdgaskosten zu tief berechnet sind und die Erdgaspreise zukünftig nicht konstant bleiben werden. Zudem wird in Zukunft auch eine Abgabe für CO₂ fällig werden.

Bezüglich hoher Kosten hört man oft die Aussage, dass der nachfolgenden Generation nicht zu hohe Schulden hinterlassen werden sollen. Es stellt sich heute aber die Frage, ob es legitim ist, ihnen eine kaputte Umwelt zu hinterlassen. Eine CO₂-neutrale Heizung stellt im Endeffekt eine bedeutend nachhaltigere Lösung dar, weshalb bereits jetzt um Zustimmung zum Antrag gebeten wird, welcher in der Detailberatung erfolgt.

Anders Sjöberg, DYM

Die Fraktion DYM teilt die Meinung des Stadtrates, dass der Bedarf an zusätzlichem Schulraum, die Raumoptimierung sowie der Ersatz der alten Elektro-speicherheizung ausgewiesen sind. Die im Geschäft vorgeschlagenen Massnahmen sind unbestritten. Das vorgelegte Raumkonzept zeigt ein gutes Kosten-/Nutzenverhältnis auf und das Vorhaben, die beiden alten Heizungen mit einer Heizung zu ersetzen, überzeugt.

Jedoch hat die Wahl der Ersatzheizung in der Fraktion zu Diskussionen geführt. Die Wärmepumpe scheidet offensichtlich aus technischen Gründen aus, weil die Gebäude heute zu schlecht isoliert sind. Dadurch kann die Wärmepumpe nicht effizient betrieben werden. Wahrscheinlich wird in ca. 15 bis 20 Jahren eine Totalrenovation der Gebäude vorgenommen. Dadurch werden gute technische Voraussetzungen für eine Wärmepumpe geschaffen. Auch Solarwärme wurde geprüft, aber der Bedarf an Gebrauchswasser ist zu klein und eine Photovoltaikanlage zu teuer für den vorgegebenen Budgetrahmen.

Die Erdgasheizung ist gemäss Kostenrechnung die günstigste Variante. Für die Berechnung der Umweltkosten wurde aber eine veraltete Richtlinie vom Bundesamt für Energie verwendet, basierend auf dem Ökobilanz Modell ECO-Indicated. Nur ein Berechnungsmodell herbeizuziehen, ist aber zu einseitig. Andere Ökobilanz Modelle bewerten Umweltbelastungen anders und kämen zu unterschiedlichen Umweltkosten. Die Vorteile der Erdgasheizung sind der geringe Platz- und Unterhaltsbedarf und sie generiert keinen Feinstaub. Erdgas ist allerdings nicht CO₂-neutral und der Bau einer Erdgasheizung widerspricht den überregionalen Zielen, die im Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) und in der Energiestrategie des Kantons Aargau von 2015 (energie-AARGAU) formuliert sind.

Das Heizen mit Holzpellets ist praktisch CO₂-neutral und die Pellets könnten aus einheimischen Quellen bezogen werden. Allerdings sind die Kosten höher und die Heizung ist störungsfälliger. Auch wenn die Luftreinhalte-Verordnung (LRV) eingehalten wird, generiert sie Feinstaub. Zudem brauchen die Pellets Platz, sie stauben und sie müssen herantransportiert werden.

Die Ansichten über die Gewichtung der Beurteilungskriterien sind vielfältig. Ist eine CO₂-Reduktion höher zu gewichten als höhere Rentabilität? Die vom Stadtrat gewählten Beurteilungskriterien sind zu undifferenziert und folgen keiner übergeordneten Strategie. Es fehlt ein klares Ziel, wie die städtischen Gebäude in Zukunft beheizt werden sollen. Statt über einzelne Heizungen zu streiten, wäre es besser, über langfristige Ziele und die dazu benötigte Umsetzungs-Strategie zu diskutieren. Grosse

Projekte, wie Wärmeverbund oder Fernwärme, haben einen langen Planungshorizont und müssen heute angegangen werden.

Pascal Stenz, FDP

Aus Sicht der FDP-Fraktion handelt es sich um eine pragmatische Lösung. Einzelne Punkte aus der Sitzung der FGPK wurden aufgegriffen, haben jedoch zu keinen grösseren Diskussionen geführt. Es wurden im Vorfeld mit den Kosten-/Nutzenanalysen gute Abklärungen getätigt. Für nächste Projekte sollte die Energiefrage wieder aufgegriffen und detailliert geprüft werden.

Die FDP-Fraktion wird das Projekt einstimmig gutheissen.

Nadia Kuhn, SVP

Die SVP-Fraktion spricht sich für den Verpflichtungskredit für die Erneuerung der Wärmeerzeugung und die Erweiterung von Schulraum und Kindergarten aus. Der Umbau wird als gelungen erachtet und es handelt sich um eine gute Vorlage. Mit dem Projekt kann der knappe Schulraum vergrössert und das Notwendige realisiert werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den Entscheid des Stadtrates für die Gasheizung als wirtschaftlich günstigste Lösung einstimmig.

Es besteht jedoch bezüglich der Abwartwohnung noch eine offene Frage. Wie wird diese verwendet, wenn der Abwart bereits selber Wohneigentum hat? Steht eine Fremdvermietung im Vordergrund oder soll die Wohnung als zusätzlicher Schulraum dienen? Wird der Abwart allenfalls dazu verpflichtet, die Wohnung zu beziehen?

Rahela Syed, Stadträtin

Die Elektrospeicherheizung aus dem Jahr 1979 ist wirklich veraltet und es zeugt von Glück, dass sie bis anhin noch nicht ausgestiegen ist. Ersatzteile für die immer wieder anfallenden Wartungsarbeiten sind nicht mehr erhältlich. Mit dieser Elektroheizung wird die Mehrzweckhalle bedient. Die Ölheizung beheizt Schulhaus und Kindergarten. Auch diese ist in die Jahre gekommen, weshalb mit einer neuen Gasheizung alle drei Gebäude beheizt werden sollen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Bausubstanz und die Raumstruktur überprüft. Die Räumlichkeiten entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Nach grundsätzlichen Überlegungen wurde entschieden, die Schule und den Kindergarten im Mühlethal beizubehalten.

Der Entscheid für die Erdgasheizung fiel, nachdem die vier verschiedenen Varianten durch ein Ingenieurbüro verglichen wurden. Obwohl die Grundlagen aus dem Jahr 1997 stammen, sind es doch die aktuellsten, welche existieren. Die Berechnungen haben gezeigt, dass es sich bei der Variante Erdgas sowohl ökologisch als auch finanziell um die günstigste Variante handelt. Schlussendlich ist es wichtig, dass der Entscheid für den Einbau einer Heizung heute gefällt wird und keine Rückweisung des Projekts aufgrund fehlender Einigkeit erfolgt.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Der jetzige Hauswart geht Ende dieses Jahres in Pension, er wird jedoch bereits in einigen Monaten umziehen. Momentan laufen Abklärungen, wie die Hauswartung in Zukunft aufgegleist werden soll. Es steht noch nicht fest, ob an der bisherigen Regelung festgehalten oder ob die Wohnung allenfalls anderen Mieter/innen zur Verfügung gestellt werden soll. Der Entscheid wird in Zusammenarbeit mit dem neuen Leiter Hochbau und Liegenschaften erfolgen, welcher im Juni 2017 seine Arbeit aufnimmt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Liliane Hofer, SP/JUSO, sp

V Finanzen, 2. Mögliche Zusatzoptionen und Minderleistung

Die SP/JUSO-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Anstelle der vorgeschlagenen Variante 1 „Erdgasheizung“ sei die Zusatz-Option 1 auf Seite 8 der Vorlage „Wärmeerzeugung mit Pellets anstelle von Gas“ mit Mehrkosten von CHF 143'000 zu bewilligen.

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Er empfiehlt die Annahme des Antrags aus verschiedenen zusätzlichen Überlegungen. Die Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien unterstützt die Energiestrategie 2050 des Bundes. Die Energiewende tritt jedoch nicht einfach von selber ein, sondern wird mit kleinen Einzelentscheidungen herbeigeführt. Daher mutet es seltsam an, wenn der eine fossile Energieträger einfach durch einen anderen ersetzt wird. Es reicht nicht aus, in 15 bis 20 Jahren – nach erfolgter Gesamtanierung – eine Erdsonden-Wärmepumpe zu realisieren und bis dahin aus Spargründen sinnlos einen wertvollen Rohstoff zu verbrauchen. Auch darf man nicht blind den genannten Zahlen vertrauen. Das Bundesamt für Energie, welches diese zur Verfügung stellt, machte 2007 folgende Aussage: „Diese Ergebnisse stammen aus relativ alten Studien und sollten dringend überarbeitet werden, da neue Forschungsergebnisse die Berechnungsgrundlagen deutlich verändert haben“. Zum Teil wurden damals die Klimafolgekosten schlichtweg nicht miteinbezogen.

Im Gegensatz zu den Pellets, die in der Schweiz hergestellt werden können, muss das Erdgas im Ausland (vor allem aus Russland) bezogen werden.

Zudem sollte auch die Vorbildfunktion in Betracht gezogen werden, schliesslich handelt es sich um ein Schulhaus, welches mit Wärme zu versorgen ist. Ausserdem stellt die Zusatzinvestition umgelegt auf 20 Jahre keine grosse Summe dar, deshalb soll nicht nur aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen die Erdgasheizung bevorzugt werden.

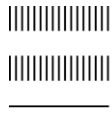
Irma Jordi, DYM/CVP

Sie hält klar fest, dass sie nicht die Fraktionsmeinung vertritt. Es sollen jedoch noch andere Argumente ins Feld geführt werden. Sie selber arbeitet mit einer Pelletheizung, da ihr Arbeitgeber aus ökologischen Gründen eine solche eingebaut hat. Leider funktioniert diese in keiner Weise reibungslos und ihr konnte bis heute nicht schlüssig erklärt werden, wie ökologisch die Herstellung dieser Pellets wirklich ist. Zudem wird nicht einheimisches Holz verwendet, da dieses zu teuer ist. Der Rohstoff muss also ebenfalls im Ausland beschafft werden. Ausserdem steht klar fest, dass die Preise der Pellets jeweils denjenigen von Erdgas und Heizöl angepasst werden. Die Pellets müssen angeliefert werden, zudem ist der Unterhalt der Heizung sehr aufwändig und es kann immer mal wieder zu Rückbränden in Richtung Pellets-Keller kommen.

Sie empfiehlt, sich gut zu überlegen, ob dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion wirklich zugestimmt werden soll. Es wäre vernünftiger, sich heute nichts zu verbauen und in 15 Jahren nochmals die Diskussion zum Thema Erdsonden-Wärmepumpe zu führen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Er äussert sich auch in seiner Funktion als Verwaltungsratspräsident der StWZ Energie AG, welche das Programm als Energiestadt massgeblich unterstützt und mitprägt. Sowohl die StWZ Energie AG als auch der Stadtrat unterstützen die Energiestrategie 2050 des Bundes. Es ist zwar korrekt, dass Erdgas ein fossiler Energieträger ist, punkto Auswirkungen auf die Umwelt besteht jedoch bereits ein riesiger Unterschied zum Erdöl. Dieses Kriterium findet in der Strategie des Bundes noch zu we-



nig Beachtung. Entsprechende Korrekturen sollen jedoch erfolgen. Die Beimischung von Biogas wird weder in der Energiestrategie noch in den Strategien der einzelnen Kantone berücksichtigt.

Nebst CO₂-Ausstoss müssen auch noch andere Faktoren – wie z.B. die Feinstaubpartikel – berücksichtigt werden. Zudem steht zu einem späteren Zeitpunkt eine energetische Gesamtanierung der Schulanlage an, weshalb zum heutigen Zeitpunkt als Übergangslösung die Erdgasheizung gewählt werden soll. Nachdem die StWZ Energie AG die Lösung mit Biogas anbietet, könnte man dessen Anteil bis 90 % erhöhen, was zu einer besseren CO₂-Neutralität führen würde.

Marcel Thüler, SP/JUSO, sp

Er erwähnt kurz, dass seine Erfahrungen bezüglich Pelletheizung sich nicht mit denjenigen von Irma Jordi decken und kommt dann zum Kernpunkt. Nachdem der Stadtammann die Möglichkeit von Biogas in den Raum geworfen hat, ist für ihn unverständlich, weshalb die Variante mit Biogas in der Vorlage nirgendwo erwähnt wurde. Es wäre die Aufgabe des Stadtrates gewesen, diesen Aspekt bereits in der Vorlage zu berücksichtigen.

Urs Plüss, DYM/EVP

Ihn interessiert, ob sich der Baubeginn verschieben würde, falls sich der Rat für die Pelletheizung entscheiden sollte.

Rahela Syed, Stadträtin

Der Baubeginn sollte dadurch nicht gefährdet sein, da die Heizung nicht sofort, aber spätestens im Herbst, eingebaut werden müsste. In diesem Fall wäre jedoch eine Neuplanung der Heizung notwendig.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die **Abstimmung** über den **Antrag der SP/JUSO-Fraktion**. Dieser wird dem **stadträtlichen Antrag** für eine Erdgasheizung **gegenübergestellt**. Der ob-siegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung.

Anstelle der vorgeschlagenen Variante 1 „Erdgasheizung“ sei die Zusatz-Option 1 auf Seite 8 der Vorlage „Wärmeerzeugung mit Pellets anstelle von Gas“ mit Mehrkosten von CHF 143'000 zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag betr. Erdgasheizung vereinigt 22 Stimmen auf sich, der Antrag der SP/JUSO-Fraktion betr. Pelletheizung erhält 15 Stimmen. Der stadträtliche Antrag kommt unverändert zur Schlussabstimmung.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Detailberatung wird weitergeführt.

Urs Plüss, DYM/EVP

VI Weiteres Vorgehen/Termine

Welche Vergabekriterien sind für die Arbeitsvergaben massgebend? Erfolgen diese nur anhand des Preises oder wird das Augenmerk auch auf andere Kriterien gelegt (Lehrlingsausbildung, Standort Zofingen etc.)?

Peter Beer, Projektleiter Hochbau

Ein grosser Teil der Arbeitsvergaben erfolgt freihändig, gewisse Arbeiten werden via Einladungsverfahren vergeben. Das ausschlaggebende Kriterium bei diesem Projekt ist der Preis.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für das Bauvorhaben in der Schulanlage Mühlethal (Erneuerung Wärmeerzeugung, Erweiterung Schule und Kindergarten) sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1,845 Mio., zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 33:2 Stimmen angenommen.

Art. 86

Abwasserbeseitigung

GK 144

GEP-Umsetzung 2017 – Bewilligung Investitionskredit für Werterhaltungsmassnahmen am Abwassernetz im Ortsteil Mühlethal

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Die FGPK hat GK 144 geprüft, intensiv diskutiert und empfiehlt die Vorlage mit 6:2 Stimmen und einer Enthaltung zur Annahme. Das Geschäft ist im Grundsatz unbestritten. Leider war der beigefügte Plan nicht ganz korrekt und zudem schwer lesbar, was beanstandet wurde. Auch wurde moniert, dass die Kombination mit einem Strassenbau von rund CHF 80'000 in der Vorlage enthalten ist. Die zuständigen Stellen haben zugesichert, zukünftig bessere Pläne abzugeben. Bereits in der Vergangenheit waren jeweils Strassenbauanteile in solchen Vorlagen enthalten. Nachdem dieser Betrag einen eher unwesentlichen Anteil ausmacht, wurde auf eine Rückweisung des Geschäfts verzichtet. Diese wäre auch nicht sinnvoll, weil aufgrund eines privaten Bauprojektes zwingend Leitungen umgelegt werden müssen. Selbstverständlich steht es den Ratsmitgliedern frei, einen Antrag auf Ausscheidung des Strassenbauanteils mit entsprechender Umbuchung zu stellen.

Abschliessend hält er im Namen der FDP-Fraktion fest, dass diese dem Geschäft einstimmig zustimmen wird.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Abwassergeschäfte lassen sich meistens rasch klären, da die Investition in sauberes Wasser häufig grosse Zustimmung findet. Mit der generellen Entwässerungsplanung (GEP) ist gewährleistet, dass finanziell erträglich die notwendigen Unterhaltsarbeiten gestaffelt erfolgen.

Im Rahmen des GEP soll nun der Schulweg nicht nur abwassertechnisch saniert sondern auch verbreitert und erneuert werden. Daher ist die Frage berechtigt, inwieweit so ein Strassenerweiterungsprojekt in die Abwasserkasse gehört. Trotz dieses Fragezeichens kann die Dynamische Mitte mit dieser GEP-Tranche leben, da es sich beim Schulweg durchaus auch um ein Abwasserprojekt handelt. Der Handlungsbedarf ist in erster Linie abwasserbedingt, obwohl auch die Strassenbenutzer von der Strassenverbreiterung profitieren.

Eine Rückweisung ist aus Sicht der Dynamischen Mitte nicht verhältnismässig, es liegt ihr aber daran, eine Lösung für eine saubere Kostenteilung zu finden, ohne das Projekt unnötig zu verzögern. Die Fraktion DYM hofft daher auf eine restlose Klärung des Sachverhalts.

Michael Wacker, SP/JUSO

Er hat in der FGPK den Rückweisungsantrag gestellt, da in dieser Vorlage ein Strassenbauprojekt versteckt wird. Es ist unbestritten, dass der Schulweg für die GEP-Sanierung geöffnet werden muss, anschliessend ist jedoch der bisherige Zustand wieder herzustellen.

Die Abwasserkasse ist nicht gut alimentiert, musste doch der Abwassertarif um CHF 0.40 erhöht werden. Da es aufgrund des privaten Bauvorhabens jedoch keinen Sinn macht, die Vorlage zurückzuweisen, wird die SP/JUSO-Fraktion in der Detailberatung einen Änderungsantrag stellen.

Abschliessend erlaubt er sich noch einen Hinweis auf das Reglement über Siedlungsentwässerung, Gewässerschutz, Wasserbau und Hochwasserschutz (Gewässerreglement, GWR). Im Ingress bezieht man sich auf § 15 Abs. 2 lit. k der Gemeindeordnung (GO). Diese Litera ist jedoch falsch, korrekt wäre § 15 Abs. 2 lit. j. Eine Überprüfung scheint angezeigt.

Markus Gfeller, SVP

Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, die Diskussion drehte sich um die bereits vorher genannten zwei Punkte. Er fragt sich zudem, ob es wirklich sein kann, dass trotz vorliegendem GEP Lage und Zustand von vielen Leitungen nicht bekannt sind.

Andreas Rügger, Stadtrat

Vorab bedankt er sich für den redaktionellen Hinweis zum Gewässerreglement. Der Passus wird überprüft.

Das Geschäft an und für sich scheint unbestritten. Die Kritik bezüglich der Planbeilage wurde aufgenommen, weshalb der Plan dem Rat heute noch via Beamer zugänglich gemacht wurde.

Bei den Arbeiten am Schulweg handelt es sich nicht um ein wirkliches Strassenbauprojekt. Ein solches kann nicht mit CHF 80'000 realisiert werden. Es geht um eine geringfügige Sanierung, bei welcher der Belag auf einer Breite von 3.20 aufgebracht wird, die Strasse wird nicht für Lastwagenverkehr oder grosse Erschliessungsanlagen ausgebaut.

In den GEP-Vorlagen der vergangenen Jahre waren diverse Male bereits kleinere Strassensanierungen enthalten, was jeweils entsprechend ausgewiesen wurde. Man hat die Kosten immer nach dem Verursacherprinzip auf die Verursacher umgelegt (Kanalisation, Leitungen von StWZ AG oder Swisscom usw.). Sollte der Antrag der SP/JUSO-Fraktion gutgeheissen werden, müsste man einen Nachtragskredit sprechen, was machbar wäre. Aufgrund der langjährigen Praxis bittet er jedoch um Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

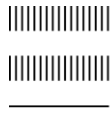
Die Vorlage wird im Detail beraten.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

VI Antrag

Die SP/JUSO-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

*Für den Werterhalt der Abwasserleitungen im Mühlethal, die Kanalisationsverlegung, den Ausbau der Strassenentwässerung **sowie der Strassenverbreiterung** im Schulweg sei ein Bruttokredit von CHF 480'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen. **Davon seien CHF 400'000 der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung zu belasten, CHF 80'000 seien der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde zu belasten.***



Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die **Abstimmung** über den **Änderungsantrag der SP/JUSO-Fraktion**. Dieser wird dem **stadträtlichen Antrag gegenübergestellt**. Der obsiegende Antrag gelangt in die Schlussabstimmung.

*Für den Werterhalt der Abwasserleitungen im Mühlethal, die Kanalisationsverlegung, den Ausbau der Strassenentwässerung **sowie der Strassenverbreiterung im Schulweg** sei ein Bruttokredit von CHF 480'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen. **Davon seien CHF 400'000 der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung zu belasten, CHF 80'000 seien der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde zu belasten.***

Der stadträtliche Antrag vereinigt 21 Stimmen auf sich, der Antrag der SP/JUSO-Fraktion erhält 16 Stimmen. Der stadträtliche Antrag kommt unverändert zur Schlussabstimmung.

Es folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für den Werterhalt der Abwasserleitungen im Mühlethal, die Kanalisationsverlegung und den Ausbau der Strassenentwässerung im Schulweg sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 480'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 31:5 Stimmen angenommen

Art. 87

Parlamentarischer Vorstoss

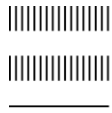
GK 139

Interpellation der FDP-Fraktion vom 28. November 2016 betr. Rechnungsführung und deren Kommunikation des Seniorenzentrum Zofingen (Begründung; Antwort Stadtrat)

Christian Läubli, FDP

Die FDP-Fraktion hat sich gezwungen gesehen, einige unangenehme Fragen zum Seniorenzentrum zu stellen. Wenn irgendwo ein Missstand vorliegt, müssen solche Fragen gestellt werden. In der Beantwortung, welche insgesamt als ungenügend beurteilt wird, geht es einerseits um die Rechnungsführung und andererseits um die finanzielle Lage. Es wird als mutig empfunden, dass eine Entschuldigung ausgesprochen wurde, und dass durch die unangenehmen Fragen eine Korrektur erfolgt ist.

Bezüglich finanzieller Lage wurden Massnahmen präsentiert und ausgeführt, wie diese verbessert werden soll. Leider musste festgestellt werden, dass es sich dabei um die gleichen Massnahmen wie 2016 handelt, als im Einwohnerrat bereits einmal über die finanzielle Schieflage des Seniorenzentrums diskutiert wurde. Offenbar besteht ein Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, was sich auch im Jahresabschluss 2016 abzeichnet. Die FDP wird weiterhin kritisch bleiben und die Situation weiter beobachten. Christian Läubli hält abschliessend fest, dass die Interpellation keinesfalls aus persönlichen Beweggründen – wie dies unterstellt wurde – eingereicht wurde.



Art. 88

Verleihung Ehrenbürgerrecht

GK 145

Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Einwohnergemeinde Zofingen an die Eheleute Arthur und Louise Senn-Widmer

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

In der FGPK wurde die Frage aufgeworfen, ob die Eheleute Senn heute an der Einwohnerratssitzung anwesend sein würden. Der heutige Beschluss wird erst nach Ablauf der Referendumsfrist rechtskräftig. Da Arthur Senn einerseits diese Frist abwarten und andererseits durch seine Anwesenheit das Abstimmungsverhalten nicht beeinflussen möchte, hat er bewusst darauf verzichtet, heute anwesend zu sein.

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Arthur Senn war die gute Seele, die alles absolut im Griff hatte. Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Einwohnergemeinde ist die verdiente Ehrung und Anerkennung für das hohe Engagement und professionelle Wirken von Arthur Senn als Stadtschreiber während rund 37 Jahren. Auch die FGPK ist der Ansicht, dass diese hohe Auszeichnung an die Eheleute Arthur und Louise Senn vergeben werden soll. Obwohl es gemeinhin heisst, der FGPK-Präsident sei der achte Stadtrat, ist er der Meinung, dieser Platz nehme eher der Stadtschreiber bzw. die Stadtschreiberin ein. Arthur Senn hat viel bewegt und dafür gesorgt, dass alles korrekt abläuft. Für dieses Lebenswerk ist das Ehrenbürgerrecht eine angemessene Auszeichnung. Ihm gebührt ein grosses Dankeschön für sein beispielhaftes Engagement für die Stadt Zofingen.

Mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts wird ein Zeichen gesetzt, indem deutlich gemacht wird, wen die Stadt schätzt und was ihr wichtig ist. Mit einem abschliessenden Dank an Arthur Senn und seine Ehefrau Louise bittet er, der einstimmigen Empfehlung der FGPK zu folgen und der Verleihung des Ehrenbürgerrechts zuzustimmen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Auf eine Detailberatung der Vorlage wird verzichtet, nachdem das Wort nicht verlangt wird. Es folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Den Eheleuten Arthur Ignatius Senn, geb. 11. Oktober 1952, und Louise Senn-Widmer, geb. 8. Februar 1950, beide von Geltwil und Zofingen, wohnhaft in Zofingen, Gigerhalde 7, sei in Anerkennung ihrer Verdienste das Ehrenbürgerrecht der Einwohnergemeinde Zofingen zu verleihen.

Der stadträtliche Antrag wird einstimmig mit 38:0 Stimmen angenommen

Die Ratspräsidentin gratuliert den Eheleuten Senn an dieser Stelle aus der Distanz zum neuen Ehrenbürgerrecht und wünscht ihnen alles Gute. Es wird sich sicherlich eine Gelegenheit für persönliche Gratulationen finden.

Art. 89

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Stefan Giezendanner, SVP

Er liest einen Presseartikel vom 19. März 2017 zum Thema „Ultranationalisten profitieren von der Krise in der Türkei“ vor. Darin wird das Treffen der Grauen Wölfe vom März 2016 in Zofingen thematisiert, an dem Propagandalieder gesungen und fremdenfeindliche Reden gehalten wurden. Ihn interessiert dazu, ob der Stadtrat über diese Aktion im Bild war und welche Haltung er dazu einnimmt. Wird auch bei solchen „kulturellen“ Anlässen die Meinungsfreiheit hochgehalten oder wie gedenkt er bei zukünftigen Anlässen dieser Art zu handeln?

Marcel Thüler, SP/JUSO, sp

Auch seine Frage betrifft das gleiche Thema. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, dass sich vor einem Jahr eine türkische Gruppierung namens Graue Wölfe in der Mehrzweckhalle getroffen hat? Wurde der Stadtrat von der Kantonspolizei bzw. vom Staatsschutz über diesen Anlass orientiert? Würde der Stadtrat die Mehrzweckhalle einer Organisation wie den Grauen Wölfen überhaupt vermieten? Betraf der Anlass vom vergangenen Samstag wiederum die Grauen Wölfe oder handelte es sich um eine anderweitige Veranstaltung?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der Anlass vom vergangenen Wochenende ist weder vom Veranstalter noch vom Programm her vergleichbar mit dem in der Zeitung erwähnten Anlass. Der einzige vergleichbare Punkt war das Parkierungschaos. Der Stadtmann stellt die Frage in den Raum, ob den Anwesenden bekannt war, was für ein Anlass im März vor einem Jahr in der Mehrzweckhalle stattfand, bevor der Zeitungsartikel erschienen ist. Ist allgemein bekannt, wer jeweils Aktivitäten im Stadtsaal oder in anderen Gebäuden durchführt? Das Thema wurde bereits einmal in diesem Gremium behandelt, die Grundhaltung des Stadtrates hat sich nicht massgeblich verändert. Es soll eine möglichst liberale Benutzungsordnung beibehalten werden, was bedeutet, dass die Anlässe nicht gegen öffentliche Sitten und Gebräuche verstossen dürfen und keine politische Hetze stattfindet. Der Stadtrat ist keine Zensurbehörde. Die Gesuchstellenden müssen aber bei Gesuchstellung jeweils eine Liste der Referentinnen und Referenten oder der auftretenden Personen einreichen, was nicht immer für ein positives Echo sorgt. Bei kritischen Sachen erfolgt zusätzlich eine Prüfung durch die Polizei. Eine absolute Sicherheit kann nicht gewährleistet werden, es wird aber alles vorgekehrt, was möglich ist. Mit jeder Verschärfung trifft man zudem auch viele Veranstalter, bei welchen kein Gefahrenpotenzial vorliegt.

Für die Veranstaltung vom vergangenen Wochenende erfolgten detaillierte Abklärungen, es wurde ein Sicherheits- und ein Verkehrskonzept eingefordert und die Referentinnen und Referenten wurden überprüft.

Christiane Guyer, Stadträtin

Wie erwähnt, pflegt der Stadtrat eine liberale und offene Praxis, kritisch geprüft werden Veranstaltungen von radikalisierenden Bewegungen. Solche, wie beispielsweise im letzten Jahr das Konzert von DJ Thompson, der offenbar Beziehungen zur rechtsextremen Szene hat, werden nicht bewilligt.

Jedes kritische Gesuch wird in enger Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz geprüft. Eine entsprechende Prüfung erfolgte anlässlich der Anlässe vor einem Jahr und vom letzten Samstag.

Die Haltung des Stadtrates muss jedoch nochmals kritisch überprüft werden und es gilt zu entscheiden, ob ein restriktiveres Vorgehen angezeigt ist.

Bei solchen Anlässen wie am letzten Samstag gibt es Auflagen, und ein Verkehrskonzept muss eingereicht werden. Obwohl ein Verkehrsdienst organisiert war, gab es aufgrund des grossen Verkehrsaufkommens kurz vor Beginn des Anlasses ein Chaos. Es liegt nicht allein an der Menge der Parkplätze sondern zu einem grossen Teil daran, wie der Verkehr abgewickelt wird. Im Nachgang zum Anlass hat die Repol die Situation mit dem Veranstalter nochmals besprochen.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion reichte am 16. März 2013 das Postulat betr. „attraktive Ortspläne: Visitenkarte einer Gemeinde“ ein. Er bedankt sich herzlich bei der Zofingia, welche der Stadt Zofingen anlässlich ihres 200-Jahr-Jubiläums ein solches Wegleitungssystem schenken wird.

Die SP hat sich am 27. Mai 2014 zum Gestaltungsplan Untere Vorstadt geäussert, als dieser öffentlich auflag. Die Eingangsbestätigung wurde der SP zugestellt. Seither erfolgten keine weiteren Informationen, daher interessiert ihn der aktuelle Stand.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Der Raumplanungsprozess in der Unteren Vorstadt ist wegen der verschiedenen Grundeigentümer etwas ins Stocken geraten. Der Stadtrat ist bewusst noch nicht in den Bereich der Einwendungsverhandlungen eingetreten. Er möchte die eingegangenen Einwendungen im Konsensualverfahren bereinigen, um ein Rechtsverfahren zu vermeiden. Aus diesem Grund erfolgte noch keine materielle Prüfung der Eingabe der SP. Diese wird spätestens im Zuge der Einwendungsverhandlungen erfolgen.

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Die Stadt unterstützt Piazza jährlich mit einem Beitrag von CHF 12'000. Ihn interessiert, ob dieser Beitrag ausschliesslich für die verschiedenen Veranstaltungen – also zweckgebunden – eingesetzt wird. Im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf zur Gratisparkzeit hat sich die Frage aufgedrängt, ob nicht ein Teil des städtischen Beitrags dafür verwendet wurde. Es gab Aussagen, dass dieser vorwiegend aus privaten Mitteln finanziert worden sei. Bei genauerem Nachfragen nach der restlichen Finanzierung wurden weitere Auskünfte jedoch verweigert.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

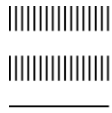
Die CHF 12'000 sind klar zweckgebunden. Es wurden sechs Events definiert, die mit je CHF 2'000 unterstützt werden. Dies wurde in der Vereinbarung mit Piazza schriftlich festgehalten.

Maja Freiermuth, FDP

Offenbar bestehen für einige Kommissionen Pflichtenhefte, die nach der Neukonstituierung Änderungen erfahren haben, aber nie vom Stadtrat genehmigt wurden. Wie wird zukünftig mit solchen Pflichtenheften weiter gearbeitet? Sie merkt an, dass es sich demokratie-politisch als etwas schwierig erweist, wenn der Stadtrat für Kommissionen, die nicht von ihm einberufen wurden, Pflichtenhefte erlässt.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Die stadträtlichen Kommissionen, welche vom Stadtrat eingesetzt werden und die beratende Funktionen haben, benötigen allesamt ein Pflichtenheft. Für praktisch alle Kommissionen sind diese



Pflichtenhefte erstellt. Es bestand die Absicht, alle gleichzeitig zu bewilligen, da sich aber bei einigen Kommission Verzögerungen ergaben, werden nun die bereits vorliegenden genehmigt. Die anderen Pflichtenhefte werden rasch möglichst ebenfalls bewilligt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Sie empfiehlt Maja Freiermuth und Stadträtin Rahela Syed, die an das Votum des Stadtammanns anschliessende Diskussion zur Betriebskommission Seniorenzentrum an einer Sitzung dieser Kommission weiter zu führen und dort die bestehenden Differenzen zu bereinigen.

Urs Plüss, DYM/EVP

In der Falkeisenmatte werden jeden Samstag Arbeiten ausgeführt. Hat der Stadtrat davon Kenntnis und wurde dafür eine Bewilligung erteilt?

Christiane Guyer, Stadträtin

Der Samstag gilt nach Arbeitsgesetz als ganz normaler Arbeitstag. Selbstverständlich muss die wöchentliche Arbeitszeit eingehalten werden, was durch das Amt für Wirtschaft geprüft wird. Es gibt Einschränkungen bezüglich Lärms, welche in § 13 des Polizeireglements festgehalten sind. In der Zeit von 07.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr dürfen samstags lärmige Arbeiten ausgeführt werden.

Urs Plüss, DYM/EVP

Der Bau des neuen Quartierschulhauses BZZ hat begonnen. Er fragt an, zu welchem Zeitpunkt die Webcam (wie in der Spezialkommission besprochen) installiert wird. Ausserdem wurde abgesprochen, dass vor Baubeginn ein Infoanlass für das lokale Gewerbe stattfinden solle, damit dieses besser befähigt ist, eine entsprechende Offerte einzureichen.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Es wurde in Aussicht gestellt, dass bei der Baustelle des Quartierschulhauses im BZZ-Areal eine Webcam montiert wird. Diese wird installiert und nimmt den Betrieb mit Beginn des Aushubs für das Hauptgebäude auf.

Auch war vorgesehen, eine Informationsveranstaltung über das Submissionsverfahren für das Gewerbe durchzuführen. Eine Durchführung war nicht möglich, weil es zeitlich unglücklicherweise mit der Umstrukturierung der Bauverwaltung und der anschliessenden Kündigung des damaligen Leiters Hochbau und Liegenschaften zusammenfiel.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Bei der CREDIT SUISSE wurde die Strassenführung geändert, was aber offenbar nicht alle Automobilisten berücksichtigen. Die neue Situation ist viel gefährlicher, da die Autofahrer nun das Trottoir überfahren. Könnte man mit der CREDIT SUISSE eine Lösung suchen, um dies zukünftig zu verhindern?

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Das Trottoir bzw. die Gehwegfläche befindet sich im Privateigentum der CREDIT SUISSE auf der Parzelle 5052. Die Stadt selber kann direkt keinen Einfluss nehmen, wird jedoch mit der Eigentümerin Kontakt aufnehmen. Es werden sowohl von Töff-Fahrern als auch Automobilisten kuriose Manöver ausgeführt, weshalb die Situation geprüft werden muss.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Im Bereich BZZ sind 86 Parkplätze weggefallen, obwohl es enorm viele parkierende Autos hat (z.B. am vergangenen Samstag in der Mehrzweckhalle). Nebst dem Verkehrschaos kam es auch zu grossen Lärmbelästigungen der Anwohnenden. Was wird bezüglich Parkierens in diesem Bereich vorgesehen? Offenbar sind nicht nur am Wochenende zu wenige Parkplätze vorhanden.

Andreas Rügger, Stadtrat

Trotz Wegfall der Parkplätze auf der Turnhallenseite sind gemäss den massgebenden VSS-Normen im Bereich der Mehrzweckhalle nach wie vor genügend Parkplätze vorhanden. Bei Veranstaltungen stehen aber zu wenige Parkplätze zur Verfügung, deshalb besteht auf dem Areal der Landi eine Ausweichmöglichkeit. Auch auf dem Parkplatz der StWZ AG an der Unteren Brühlstrasse kann eine Ausweichfläche zur Verfügung gestellt werden. Das Thema Parkhaus im BZZ wurde vom Stadtrat zurückgestellt, da die ganzen Nutzungen in diesem Bereich noch nicht klar feststehen. Bis alle Nutzungen (Landi, Mittellandarena etc.) geklärt sind, erfolgen keine weiteren diesbezüglichen Planungen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Da ab Samstagnachmittag, 16.00 Uhr, die Gebührenpflicht für Parkplätze auf dem gesamten Stadtgebiet entfällt (ausser Parkhaus), werden die Parkplätze im BZZ-Areal auch oft genutzt, um für das Wochenende das Auto zu parkieren. Das führt bereits zu Fremdbelegungen und umso weniger Parkplätze stehen für Besucher eines Anlasses zur Verfügung. Diese Problematik kann nur mit einer Bewirtschaftung während sieben Tagen behoben werden.

Anders Sjöberg, DYM/glp

Wie geht die Arbeit am Liegenschaftskonzept voran? Wann ist dieses zu erwarten?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

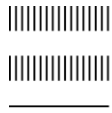
Bis heute konnten 98 % der Grundlagenarbeiten abgeschlossen werden. Nun folgt die Entscheidungs-Phase. Da es sich eigentlich um zwei verschiedene Konzepte (Ortsbürgergemeinde sowie Einwohnergemeinde) handelt, besteht darin eine grosse Herausforderung. Geplant ist, dass im November dieses Jahres das Geschäft im Einwohnerrat beraten wird und an der Winterortsbürgergemeindeversammlung die dortigen Entscheide gefällt werden können. Dieser Zeitplan ist jedoch davon abhängig, ob sich Ortsbürger- und Einwohnergemeinde über die abzugebenden Liegenschaften sowie die Preisfrage einigen können.

Anders Sjöberg, DYM/glp

Letztes Jahr wurde eine Umfrage zur Schulweg-Verkehrssicherheit durchgeführt. Wann kann man mit der Auswertung rechnen?

Andreas Rügger, Stadtrat

Die Resultate der Auswertung sollten nach Rücksprache mit der Schulpflege ursprünglich in der Januar-Nummer der „Schulinformation“ veröffentlicht werden. Da der Redaktionsschluss zu früh war, musste dieses Vorhaben aufgegeben werden. Die entsprechenden Informationen sollen nun in der Ausgabe von Juni 2017 publik gemacht werden. Eventuell können dem Einwohnerrat und der Bevölkerung bereits etwas früher mittels Medienmitteilung erste Erkenntnisse zugänglich gemacht werden.



Marco Negri, SVP

Grossmehrheitlich erfolgen in Zofingen bei Submissionsverfahren die Arbeitsvergaben aufgrund des Preises. Besteht die Absicht, in Zusammenarbeit mit dem neuen Leiter Hochbau und Liegenschaften die Vergabekriterien zu überdenken oder zu ändern?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Im Hochbau werden folgende Submissionskriterien konsequent angewendet:

Bei freihändigen Vergaben und im Einladungsverfahren werden die Offertunterlagen den ausgewählten Unternehmen zugestellt. Bei diesem Vorgehen ist ein Nachweis der Erfahrungen und der Qualität hinfällig. Würden diese Unternehmen die Anforderungen nicht erfüllen, bekämen sie keine Einladung zur Offertstellung. Deswegen fällt der Entscheid zu annähernd 100 % aufgrund des Preises aus. Manchmal kommen noch Zusatzkriterien, wie Termineinhaltung, zusätzliche Konzepte etc., hinzu.

Bei offenen Verfahren werden für sämtliche Arbeitsgattungen Überlegungen angestellt, welche zusätzlichen Kriterien noch erfüllt werden müssen. Gemäss Bundesgerichts-Rechtsprechung ist im Bau jedoch gefordert, dass sich mind. 60 % der Zuschlagskriterien auf den Preis beziehen müssen. Zudem dürfen regionale Kriterien nicht berücksichtigt werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtamman

Er erlaubt sich den Hinweis, dass er im Anschluss an die Abstimmung zur Verleihung des Ehrenbürgerrechts an die Eheleute Senn eine Mitteilung per SMS an die beiden geschickt hat. Arthur Senn hat darauf reagiert und teilt in einer SMS mit, dass sie beide sehr stolz seien und sich ausserordentlich über diese Ehre freuen würden.

Art. 90

Verabschiedung

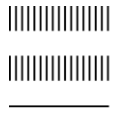
Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Sie informiert, dass **Urs Plüss** vom 1. August 2008 bis 31. Dezember 2009 und wieder vom 1. April 2012 bis 31. März 2017 Mitglied des Einwohnerrates war. Er hatte von August 2009 bis November 2012 Einsitz in der einwohnerrätlichen Spezialkommission „Gemeindezusammenschluss Zofingen-Uerkheim“ (ab 2009 als Präsident sowie ab 2012 als Vizepräsident) und von Oktober 2013 bis März 2016 präsidierte er die einwohnerrätliche Spezialkommission „Neubau Quartierschulhaus BZZ“. Er setzte sich während seiner Amtszeit immer für die Stadt Zofingen ein und stellte viele wichtige, aber nicht immer ganz bequeme Fragen und es gab selten eine Umfrage, an welcher er sich nicht gemeldet hat. Für die geleistete Arbeit im Sinn und Geist der Stadt Zofingen wird ihm der beste Dank ausgesprochen und viel Glück für die private, berufliche und politische Zukunft gewünscht.

Urs Plüss erhält die obligaten Geschenke.

(Applaus)

Die Präsidentin bedankt sich für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 26. Juni 2017 hin und schliesst die Sitzung um 20.29 Uhr.



Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher
Protokollführerin